



Mainz, den 12. September 2019

Pressemitteilung

Der AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP nehmen Stellung zu der Selbstverletzung eines Asylsuchenden in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Hermeskeil

Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende entwickeln sich zu Orten der Verzweiflung

In der AfA in Hermeskeil hat sich am 11.09.2019 ein Asylbewerber mit brennbarer Flüssigkeit übergossen, angezündet und schwer verletzt. Nach Medienberichten drohte ihm aufgrund der Dublin-Regelung die Rücküberstellung nach Frankreich. Hierzu erklären der AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP:

Die gesetzlich vorgeschriebene langfristige oder sogar dauerhafte Kasernierung von Schutzsuchenden wurde mit dem kürzlich in Kraft getretenen „Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ noch einmal ausgeweitet und verschärft. Das Gesetz macht aus den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende endgültig Orte der Isolation und der Perspektivlosigkeit. Wo Menschen über Monate oder gar Jahre ohne Privatsphäre, ohne Zugang zu Arbeit oder Bildung leben müssen und ihnen jederzeit die Abschiebung in Elend oder Obdachlosigkeit droht, sind Taten wie der gestrige Selbstverbrennungsversuch in Hermeskeil keine unerklärlichen Phänomene, sondern sie sind das Resultat allgegenwärtiger Verzweiflung aufgrund immer restriktiver werdender Gesetze!

Durch das sogenannte „Migrationspaket“ wird der Druck, dem Schutzsuchende in den Aufnahmeeinrichtungen ausgesetzt sind, noch weiter zunehmen. Neben der massiven Ausweitung der maximalen Aufenthaltsdauer wird es u.a. der Polizei zukünftig erleichtert, die Zimmer der Bewohner*innen zu betreten und zu durchsuchen. Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz führen außerdem dazu, dass noch mehr Menschen künftig nur noch eingeschränkte Leistungen zum Lebensunterhalt erhalten werden.

Wir hoffen und wünschen uns sehr, dass der junge Asylbewerber seine Verzweiflungstat überlebt und wieder gesundet. Das setzt die Freiheit von Angst vor Abschiebung und eine sichere Aufenthaltsperspektive voraus. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie hierfür Sorge trägt.

gez.:

- Pierrette Onangolo, AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V.
- Torsten Jäger, Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP